

**Gesetz**

Inkrafttreten :

*vom 9. Oktober 2007*

**zur Änderung des Strassengesetzes (Bahnübergänge)**

---

*Der Grosse Rat des Kantons Freiburg*

nach Einsicht in die Botschaft des Staatsrats vom 10. Juli 2007;  
auf Antrag dieser Behörde,

*beschliesst:*

**Art. 1**

Das Strassengesetz vom 15. Dezember 1967 (SGF 741.1) wird wie folgt geändert:

**Art. 136**    Bahnübergänge

a) Grundsätze

<sup>1</sup> Der Staat kann von 2008 bis 2014 finanzielle Beiträge an die Kosten für die Aufhebung oder Sicherung von gefährlichen Bahnübergängen leisten.

<sup>2</sup> Als gefährlich gelten Bahnübergänge, bei denen die Sichtzeit bis zum Eintreffen des Zuges weniger als 12 Sekunden beträgt.

**Art. 137**    b) Subventionen

<sup>1</sup> Anrecht auf Subventionen haben Eigentümer von öffentlichen Strassen, Eigentümer von Privatstrassen im Gemeingebrauch sowie Bahnunternehmungen.

<sup>2</sup> Die Subventionen werden als nicht rückzahlbare Beiträge gewährt (Art. 15 des Subventionsgesetzes vom 17. November 1999).

<sup>3</sup> Die Subventionen betragen 65 % der effektiven Kosten gemäss Schlussabrechnung für die Sanierungsarbeiten. Es können jedoch Kosten von höchstens 120000 Franken geltend gemacht werden.

<sup>4</sup> Der Staatsrat legt fest, welche Kosten berücksichtigt werden und welchen formellen Anforderungen die Schlussabrechnung zu genügen hat.

**Art. 2**

<sup>1</sup> Der Staatsrat bestimmt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Dieses Gesetz untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.

Der Präsident:

J. MORAND

Die Generalsekretärin:

M. ENGHEBEN